

Informationsdienst für Aussiedler und Vertriebene

Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

Nr. 82 | 11. Oktober 2012

Im Osten viel Neues

Bundestag debattiert Förderung § 96 BVFG - Halbjahresbilanz

Liebe Leserinnen und Leser,

etwas Besonderes muss man pflegen – deshalb sieht unser Informationsdienst (IAV) von nun an anders aus als bisher. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat insgesamt ihr Erscheinungsbild überarbeitet und auch, was unsere Gruppe mit angeregt hat, die Newsletter ihrer soziologischen Gruppen runderneuert. Das Layout des IAV ist also neu: klarer und lesbarer. Unsere Botschaft aber ist unverändert: Die Union passt ihre Politik für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten stets an die Gegenwart an, gerade weil sich in ihr täglich die Veränderungen in Politik, Kultur und Gesellschaft manifestieren.

Zudem gibt es viel Neues aus dem Osten zu berichten. Der aktuelle Bericht der Bundesregierung zur Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) dokumentiert einen bemerkenswerten Wandel in Mittel- und Osteuropa. Denn in den letzten Jahren, so konstatiert die Bundesregierung treffend, habe sich die Perspektive auf Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa wesentlich verändert und zwar zum Positiven. Zu dem Bericht hat unsere Fraktion eine Debatte im Deutschen Bundestag initiiert – welche Sie hier nachlesen können – und in der etwa die Fraktion DIE LINKE die Kulturförderung beziehungsweise grundsätzlich in Frage gestellt hat!

Erste Ausstellung der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, eines der wesentlichen und von der Gruppe begleiteten Projekte unserer nationalen Identität, entwickelt sich kontinuierlich weiter. So zeigte die Stiftung im Rahmen der 7. Berlin Biennale für zeitgenössische Kunst ihre erste Ausstellung in Berlin, bevor dieses für die notwendige Sanierung geschlossen werden muss. Gezeigt wurden die Ergebnisse ei-

nes ersten Sammlungsaufrufs nach persönlichen Erinnerungsstücken an Flucht, Vertreibung und Heimatverlust.

60 Jahre Lastenausgleich

Außerdem stand ein denkwürdiges Jubiläum deutscher Nachkriegsgeschichte an: 60 Jahre Lastenausgleich. Das Lastenausgleichsgesetz von 1952 ist der Kern eines weltweit einzigartigen Entschädigungswerkes, dessen wesentliche Aufgaben erst 2019 abgeschlossen sein werden. Dazu zog die Gruppe eine ausführliche Bilanz.

Zu guter Letzt darf ich Sie auf den ganztägigen Kongress hinweisen, den die Gruppe turnusgemäß einmal in der Legislaturperiode veranstaltet und von dem stets neue Impulse für die öffentliche Debatte ausgehen.

Fraktionskongress „Aussöhnung als Aufgabe“

Es ist uns gelungen, für das Thema „Aussöhnung als Aufgabe. Deutschlands Arbeit an den Kriegsfolgen seit 1945“ am 15. Oktober in Berlin namhafte Experten und hochrangige Vertreter der Bundesregierung zu gewinnen. So erwarten wir Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Neben der Live-Übertragung im Internet ist eine gesonderte Dokumentation geplant.

Diese Ausgabe unseres Informationsdienstes dokumentiert wie gewohnt die parlamentarische Arbeit der Gruppe des ersten Halbjahres 2012.



Klaus Brähmig
Vorsitzender der Gruppe
der Vertriebenen, Aussiedler
und deutschen Minderheiten

Ihr



Inhalt

Exponate zur Flucht im Militärgeschichtlichen Museum	2
Deutsch-russisches Sozialabkommen geplant	3
Baubeginn im Deutschlandhaus für 2013 vorgesehen	4
Konzept der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung beschlossen	5
Trilogie „Heimatweh“: Kanzlerin betont deutsches Kulturerbe im Osten	6
Neues Minderheitengesetz in Ungarn	7
Jährlich 17 Millionen Euro für Kulturarbeit	8
Plenardebatte zur Kulturförderung nach § 96 BVFG	9
Deutsche Minderheit in Polen	16
60 Jahre Lastenausgleich	17
Anerkennungsgesetz für Spätaussiedler	18
Tag der Heimat 2012	19
Arbeit der Suchdienste wird durch neues Bundesmeldegesetz gestärkt	20
Sudetendeutsches Museum soll Maßstäbe setzen	21
Dokumentation der Heimatsammlungen in Niedersachsen	22

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB

Klaus Brähmig MdB
Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Sven Oole
Sekretariat: Ines Roehm
T 030-227-55364
F 030-227-56154

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Die Gruppe vor Ort

Unerwartete Exponate der Flucht lagern in Dresden

Das Militärgeschichtliche Museum mit neuem Konzept



v.l.: Arnold Vaatz, Dr. Matthias Rogg, Klaus Brähmig

Klaus Brähmig besichtigte zusammen mit Arnold Vaatz, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, das Militärgeschichtliche Museum (MHM) in Dresden. Das MHM hat den Auftrag, die deutsche Militärgeschichte beziehungsweise die Geschichte der militärischen Luftfahrt und Luftkriegführung in Deutschland von den Anfängen bis zur Gegenwart im historischen Gesamtzusammenhang darzustellen. Der Schwerpunkt liegt auf der Darstellung der militärischen Entwicklung in Deutschland seit 1945.

Der Leiter Oberstleutnant Dr. Matthias Rogg erläuterte den Abgeordneten das neue Konzept des 2011 wieder eröffneten Museums der Bundeswehr. So versteht sich die Einrichtung nicht primär als technikgeschichtliches, sondern als modernes kulturhistorisches Museum. Laut der inhaltlichen Neuausrichtung stellt das Museum, analog zum Ziel allgemeiner Geschichtswissenschaft, den Menschen ins Zentrum seiner Dauerausstellung: „Der Mensch mit all seinen Ängsten, Hoffnungen, Leidenschaften, Erinnerungen, Trieben, mit seinem Mut, seiner Vernunft und Ag-

gressionsbereitschaft. Krieg ist nur verständlich, wenn seine Darstellung die Natur des Menschen zur Grundlage nimmt. Das Museum zeigt Bausteine einer Kulturgeschichte der Gewalt, deren Wesen und Ursache alle Ausstellungsbereiche aber auch die bauliche Konzeption durchdringt. Das Militär wird im Sinne eines modernen militärhistorischen Ansatzes nicht nur als Institution, sondern als Faktor wirtschaftlichen oder gesamtöffentlichen Lebens verstanden.“

Die Abgeordneten, die das Museum auch vor dem Hintergrund des geplanten Dokumentationszentrums in Berlin zu Flucht und Vertreibung besuchten, erfuhren unerwartet, dass in den Depots ebenfalls Exponate der Flucht, wie etwa Leiterwagen, lagern.

Arnold Vaatz erkundigte sich zudem über den Verbleib der Schiffsglocke des Kleinen Kreuzers Dresden, die 2008 auf seinen Einsatz hin als Leihgabe der Republik Chile an das in seinem Wahlkreis liegende Museum übergeben wurde. Der Kreuzer der Kaiserlichen Marine war im Ersten Weltkrieg vor der chilenischen Küste im Pazifik gesunken. Weitere Informationen: www.mhmbundeswehr.de.

Noch 600.000 in Russland verbliebene Deutsche Deutsch-russisches Sozialabkommen geplant



v.l.: Sven Oole, Dr. Christoph Bergner, Adolf Fetsch, Klaus Brähmig

Anlässlich des Integrationsgipfels der Bundesregierung, auf dem ein nationaler Aktionsplan beschlossen wurde, traf sich die Gruppe mit Adolf Fetsch, Vorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, und dem

Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Christoph Bergner im Bundesinnenministerium. Herr Fetsch führte aus, dass durch die neue Zuwanderungspolitik das Tor für die Deutschen aus Russland stark verengt wurde. Der Nachweis von Deutschkenntnissen sei berechtigt, jedoch dürfe

man auch nicht vergessen, dass 1941 die deutschen Schulen in Russland geschlossen worden seien. Nach den Erkenntnissen der Landsmannschaft seien 600.000 noch in Russland und 200.000 in Kasachstan verbliebene

Deutschen bekannt. Zudem bestünde das Visa-Problem in Form von zu hohen Auflagen fort und es sei oft etwa bei Beerdigungen vorgekommen, dass die Angehörigen nicht rechtzeitig nach Deutschland kommen konnten. Ferner sei neben der Härtefallregelung die Rentenproblematik aktuell, bei der man eine gerechte Lösung anstrebe.

Staatssekretär Dr. Christoph Bergner bestätigte dies und erklärte, dass man derzeit zusammen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales an einem deutsch-russischen Sozialabkommen arbeite. Das Kernproblem bestünde darin, dass es keinen direkten Kontakt zwischen den Rentenanstalten in Deutschland und Russland gebe, der aber nötig sei.

Brauch des Schenkelbrands stammt aus Ostpreußen

Neuer Chefredakteur bei der Preußischen Allgemeinen Zeitung

Zum ersten Mal war Stephan Grigat, seit 2010 Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, zu Gast in der Gruppe, um über aktuelle Fragen der Vertriebenenpolitik zu sprechen, obwohl es nicht nur in seiner Funktion als Stiftungsratsmitglied der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung bereits zahlreiche Berührungspunkte gab.

So bedankte er sich für die Unterstützung der Gruppe beim geplanten Verbot des Brandzeichens bei Pferden im Rahmen der anstehenden Novellierung des Tierschutzgesetzes, dem sog. Schenkelbrand, der auf einen jahrhundertealten Brauch auf dem Hauptgestüt Trakehnen zurückgehe und welcher dringend erhalten werden müsse.

Herr Grigat erläuterte die derzeitige Struktur und Ziele der Landsmannschaft, bei der es etwa um die Sicherung der 5.000 bis 10.000 Menschen starken deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen gehe. Außerdem führt er aus, dass mit Dr. Jan

Heitmann ein neuer Chefredakteur bei der Preußischen Allgemeinen Zeitung gefunden worden sei. Herr Grigat berichtete vom letzten Deutschlandtreffen in Erfurt 2011, an dem über 5.000 Besucher teilnahmen. Das nächste Treffen plane man 2014 in Nürnberg. Er wies auf das Projekt des Bildarchivs der Landsmannschaft hin,

in dem historische Ansichten der Provinz Ostpreußen gesammelt und durch aktuelle Bilder ergänzt werden. Der Inhalt des Archives werde ständig erweitert. Ziel sei es, anhand von Abbildungen ein möglichst umfangreiches Bild Ostpreußens zu vermitteln. Weitere Informationen: www.bildarchiv-ostpreussen.de



v.l.: Prof. Dr. Egon Jüttner, Sven Oole, Stephan Grigat, Klaus Brähmig, Stephan Mayer

Baubeginn im Deutschlandhaus 2013 geplant

Internationales Projekt der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) zu den Donauschwaben



v.l.: Dr. Johann David Wadehul, Bettina Kudla, Sven Oole, Prof. Dr. Manfred Kittel, Stephan Mayer, Christoph Poland

Die Gruppe erörterte im beinahe routinemäßigen Gespräch mit dem Direktor der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung den Fortgang des Gedenkvorhabens der Bundesregierung. Professor Kittel erläuterte im

Rückblick die entscheidenden Weichenstellungen des Architektenwettbewerbs, der Ende 2011 – auch dank des Wirkens von Herrn Brähmig als Preisrichter – erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Bei der nun an-

stehenden Umsetzung des österreichischen Siegerentwurfs stehe die Funktionalität im Vordergrund. So komme sehr positiv zum Tragen, dass etwa den Ausstellungsräumen mit einer Deckenhöhe von fünf Metern genug Raum gegeben werde. Herr Brähmig bekräftigte dies und wies darauf hin, dass beim Bauentwurf ebenfalls auf genügend Räume für den zukünftigen Mitarbeiterstab geachtet werden müsse. Der Baubeginn im Deutschlandhaus sei laut Professor Kittel für 2013 geplant, welcher die aufwendige Sanierung des Gebäudes beinhalte.

Zu den nächsten Projekten der Stiftung gehöre eine internationale Tagung über ein schwieriges Kapitel in der Geschichte Jugoslawiens, dem „Verschwinden“ der deutschsprachigen Minderheiten. Denn das Schicksal der Donauschwaben zwischen 1941 und 1955 sei bisher nur vereinzelt untersucht worden.

Stellungnahme der Gruppe

SFVV zeigt erste Ausstellung in Berlin

100 Exponate gingen nach Sammlungsaufruf ein

Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung zeigte im Rahmen der 7. Berlin Biennale ihre erste Ausstellung im Deutschlandhaus, welche die Gruppe der Vertriebenen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zusammen mit dem Direktor Professor Manfred Kittel und Kurator Dr. Michael Dormann besichtigte. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig:

„Das zentrale Gedenkvorhaben der Bundesregierung wird zunehmend sichtbar. Die Bundesvertriebenenstiftung zeigt in einer ersten Ausstellung die eindrucklichen Ergebnisse eines Sammlungsaufrufs nach persönlichen Erinnerungsstücken an Flucht, Vertreibung und Heimatverlust.

Nach nur sechswöchigem Sammlungsaufruf – als erstem Testdurch-

lauf – gingen bei der Stiftung etwa 100 Exponate ein, darunter einige sehr wertvolle Objekte, die der Stiftung dauerhaft zur Verfügung gestellt wurden und von rund 30 Familienschicksalen erzählen. Dabei handelt es sich um einmalige Zeitdokumente wie der Armbinde mit aufgenähten Buchstaben vom Juni 1945, die alle Sudetendeutschen bis zu ihrer Vertreibung tragen mussten oder original erhaltenes Fluchtgepäck.

Bei der Präsentation der Objekte handelt es sich um die letzte Veranstaltung im Deutschlandhaus vor dem für 2013 geplanten Beginn der Umbauarbeiten. Für die geplante Dauerausstellung sollen weitere thematisch und regional ausgerichtete Sammlungsaufrufe folgen.



v.l.: Stephan Mayer, Manfred Kittel, Klaus Brähmig

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass die Bundesvertriebenenstiftung während der Sanierung des zukünftigen Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrums weiterhin, etwa in einer Werkausstellung, sichtbar bleibt.“

Konzept der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist weiterer Meilenstein

Zentrales Gedenkvorhaben der Bundesregierung



Klaus Brähmig

Der Stiftungsrat der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung hat die Konzeption der geplanten Dauerausstellung ein-

stimmig verabschiedet und in fünf Sprachen gleichzeitig veröffentlicht. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig:

„Die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung hat mit dem einstimmigen Beschluss des Stiftungsrates einen weiteren und wesentlichen Meilenstein zur Verwirkli-

chung des Dokumentationszentrums gesetzt.

Das Konzept, welches auf dem bereits vorgelegten Eckpunktepapier beruht, wurde in den Gremien der Stiftung – Stiftungsrat und Wissenschaftlicher Beirat – intensiv behandelt und stellt nun eine tragende Grundlage für das zentrale Gedenkvorhaben der Bundesregierung dar.

In dem Dokumentationszentrum wird erstmals die Thematik von Flucht und Vertreibung mit Beginn im 19. Jahrhundert und im Kontext beider Weltkriege sowie der europäischen Dimension bis in die Gegenwart umfassend dargestellt und analysiert werden.

In Bezug auf die Vertreibungen im 20. Jahrhundert wird konstatiert, dass früheres Unrecht, auch wenn es noch so groß war, keine rechtliche oder moralische Legitimation für neues Unrecht schafft.

Beide Gremien haben bekräftigt, dass Flucht, Vertreibung und Integra-

tion der Deutschen den Schwerpunkt der Ausstellung bilden. Ferner ist ein Raum der Stille geplant, zu dem die Kirchenvertreter im Stiftungsrat einen Vorschlag erarbeiten werden, damit auch Angehörige ihrer an unbekanntem Ort verstorbenen Familienmitglieder gedenken können.

Die gleichzeitige Veröffentlichung der Konzeption in Englisch, Französisch, Polnisch und Tschechisch unterstreicht nochmals den internationalen Aspekt von Flucht und Vertreibung. Sie verhindert, dass fehlerhafte Übersetzungen zu der falschen Interpretation führen, hier werde Geschichte umgeschrieben oder der Zweite Weltkrieg neu ausgelegt.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Stiftungsrat vertreten durch die Abgeordneten Klaus Brähmig und Stephan Mayer, veranstaltet am 15. Oktober zu der Thematik einen ganztägigen Kongress, auf dem das neue Konzept der Stiftung vorgestellt und diskutiert werden wird.“

Aus der Gruppensitzung

Über 3.000 Projekte im Jugendaustausch

BMFSFJ stockt Mittel für das Deutsch-Polnische Jugendwerk auf



v.l.: Sven Oole, Helmut Sauer, Klaus Brähmig, Lutz Stroppe, Cajus Caesar, Stephan Mayer

Anlässlich des 20. Jubiläums des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW) diskutierte die Gruppe mit Lutz Stroppe, früherer Abteilungsleiter und

jetzt Staatssekretär im für das Jugendwerk zuständigen Bundesfamilienministerium (BMFSFJ), den Geschäftsbericht für 2011. Herr Stroppe führte aus,

dass das DPJW im Berichtsjahr insgesamt über 8,95 Millionen Euro verfügt habe. Davon trug die Bundesrepublik Deutschland fünf Millionen Euro und die Republik Polen 16,5 Millionen Złoty, was rund 3,95 Millionen Euro entspricht. Damit seien über 3.000 Projekte vor allem im Jugend- und Schüleraustausch finanziert worden, wobei diese von 17 Mitarbeitern des DPJW bewerkstelligt würden – im Gegensatz zum Deutsch-Französischen Jugendwerk, das 70 bis 80 Mitarbeiter habe. Da die Nachfrage höher sei als das Jugendwerk leisten könne, habe das Ministerium 500.000 Euro als Mehrausgabe im Bundeshaushalt angemeldet. Nach wie vor gehöre die historisch-politische Bildung bei den Begegnungen zu den grundlegenden Aufgaben.

Beeindruckende Trilogie der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin

Ausstellung „Heimatweh“ im Kronprinzenpalais

Die Gruppe besichtigte zusammen mit Erika Steinbach, Präsidentin der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen, die Trilogie „Heimatweh“, in der im Frühjahr die drei Ausstellungen zusammengeführt wurden, welche die Stiftung innerhalb von fünf Jahren erarbeitet und einzeln in Berlin vorgestellt hatte: „Erzwungene Wege“ (2006), „Die Gerufenen“ (2009) und „Angekommen“ (2011).

Frau Steinbach erklärte, Heimat, der Heimatverlust durch Vertreibungen unterschiedlichster Art und der mühsame Neuanfang in einer abwehrenden, oft gar feindseligen Umgebung seien zentrale Themen dieser Ausstellung. In einem großen Bogen umriss die Trilogie die weitgehend unbekannte Heimat der deutschen Volksgruppen außerhalb des Reiches mit ihrer Siedlungsgeschichte. Dabei wurden in der Ausstellung so unterschiedliche Landstriche wie Oberschlesien, die Krim oder die Dobrudscha behandelt.

Neben der interaktiven Europakarte, die deutsches Leben in Mittel- und



v.l.: Stephan Mayer, Klaus Brähmig, Erika Steinbach, Dr. Joachim Pfeiffer, Hans-Georg von der Marwitz, Sven Oole

Osteuropa zeigte, war besonders die Stellwand mit den zahlreichen Biographien prominenter Vertriebener und Aussiedler beeindruckend, angefangen bei Dietrich Bonhoeffer, Helene Fischer über Thomas Gottschalk oder Peter Maffay bis hin zu Erzbischof Robert Zollitsch. Denn die Lebens- und Berufswege der Portraitierten zeigen, wie schwer, aber eben auch wie erfolgreich diese größte Integrationsaufgabe der deutschen Nachkriegszeit bewältigt wurde.

Die Ausstellung beleuchtete aber nicht nur deutsche Schicksale, sondern, so die Präsidentin, in Solidarität und Anteilnahme auch die Vertreibungsschicksale anderer europäischer Völker. Sie setzte damit das Signal, dass Vertreibung immer ein menschenrechtswidriges Verbrechen sei. Es sei geplant, dass je nach Anfrage die Ausstellung ganz oder in Teilen auf Wanderschaft in verschiedene Städte gehe.

Stellungnahme der Gruppe

Kanzlerin betont reiches deutsches Kulturerbe im Osten

Erbe erforschen und vermitteln wichtige Aufgabe



Klaus Brähmig

Im Beisein der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel wurde auf dem letzten BdV-Jahresempfang die Ausstellungstrilogie „Heimatweh“ der Stiftung Zentrum gegen Vertrei-

bungen eröffnet. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen,

Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Klaus Brähmig:

„Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt es außerordentlich, dass die Bundeskanzlerin das reiche deutsche Kulturerbe im Osten als Teil unserer Identität betont hat: Dieses Erbe – mit einer einzigartigen Bindekraft für Europa – zu erforschen und jungen Menschen zu vermitteln, sei eine wichtige Aufgabe. Die Kanzlerin erinnerte eindringlich an das von den Vertriebenen erlebte Unrecht und machte deutlich, dass es eine Frage der Menschlichkeit sei, das Leid der Zeitzeugen

ernst zu nehmen und diese Erinnerungen weiter in die Zukunft zu tragen. So bekräftigte die Kanzlerin die nationale Bedeutung der Bundesvertriebenenstiftung, in der künftig schwerpunktmäßig das millionenfache Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen dokumentiert werden soll. Dieses Projekt werde eine Lücke in der deutschen Geschichtsaufarbeitung schließen. Die Bundesregierung werde darauf achten, so die Kanzlerin, dass die Arbeit an der im Berliner Deutschlandhaus geplanten Dokumentationsstätte Schritt für Schritt weitergehen werde.“

Neues Minderheitengesetz in Ungarn

Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen besteht seit 1993

Im Rahmen einer Delegationsreise der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag nach Budapest, darunter auch Mitglieder der vertriebenenpolitischen Gruppe der Unionsbundestagsfraktion, fand ein Treffen mit Otto Heinek, Vorsitzender der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, statt.

Heinek berichtete über die seit 1993 bestehende und vom ungarischen Staat geförderte Minderheitenselbstverwaltung, die alle vier Jahre mit einer Einheitsliste zu den Kommunalwahlen antrete. Man habe nach der Vertreibung der Deutschen und mit der Errichtung des Kommunismus eine Generation an Deutschsprechenden verloren, da sich die in Ungarn

verbliebenen Deutschen nie wieder als solche deklariert oder deutsch gesprochen hätten. Daher sei heute das Ziel, Deutschkenntnisse auf muttersprachlichem Niveau an den Schulen zu vermitteln. Thema war ebenfalls das neue Minderheitengesetz, welches aus Sicht der Selbstverwaltung bis auf Finanzfragen in Ordnung sei, wo Mitbestimmungsrechte der Minderheiten eingeschränkt worden seien. Weitere Informationen zur



v.l.: Stephan Mayer, Marlene Mortler, Otto Heinek, Thomas Silberhorn, Karl Holmeier

Geschichte der Minderheit über das Portal der Ungarndeutschen: www.ungarndeutsche.de

Stellungnahme der Gruppe

Koalition stärkt Kulturförderung nach Bundesvertriebenengesetz

Erhalt und die Pflege des deutschen Erbes im östlichen Europa



Klaus Brähmig

Das Bundeskabinett hat kürzlich den vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien vorgelegten Bericht über die Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96

Bundesvertriebenengesetz (BVFG) in den Jahren 2009 und 2010 beschlossen. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Klaus Brähmig:

„Der jüngste Bericht zur Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz dokumentiert die langfristige Strategie der unionsgeführten Bundesregierung, die von SPD und

Grünen seinerzeit verursachten massiven Kürzungen rückgängig zu machen.

Es ist Kulturstaatsminister Bernd Neumann zu verdanken, dass die Förderung seit der Regierungsübernahme im Jahr 2005 von circa zwölf Millionen Euro schrittweise auf knapp 17 Millionen Euro im Bundeshaushalt 2012 erhöht wurde.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Position der Bundesregierung, dass der Erhalt und die Pflege des deutschen Erbes im östlichen Europa nach wie vor ein wichtiges kulturpolitisches Handlungsfeld ist.

Zudem unterstreicht Kulturstaatsminister Neumann in dem Bericht völlig zu Recht die Bedeutung der Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz als kulturelle Brückenarbeit im vereinten Europa, da das Kulturerbe der Deutschen in diesen Gebieten heute an vielen Orten eine positive, verbindende Kraft entfalte.“

Hintergrund

Auf Grundlage von § 96 Bundesvertriebenengesetz fördert der Bund gemeinsam mit den Ländern kontinuierlich die Präsentation, Weiterentwicklung und Erforschung von Themen der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Dabei geht es um historische Regionen und Siedlungsgebiete wie Schlesiens, Ost- und Westpreußen, Siebenbürgen oder das Banat, in denen früher Deutsche gelebt haben und zum Teil noch heute ansässig sind.

Zu den geförderten Einrichtungen gehören neben der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin die regionalen Museen wie etwa das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg oder das Schlesische Museum zu Görlitz sowie die Wissenschaftszentren wie das Herder-Institut in Marburg oder die Martin-Opitz-Bibliothek in Herne.

Kulturarbeit im östlichen Europa baut Brücken

17 Millionen Euro jährliche Förderung



Wolfgang Börnsen

Der Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz 2009/2010 wurde

im Mai im Bundestag beraten. Dazu erklären der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), und der zuständige Berichterstatter Thomas Strobl:

„Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Förderung des Bundes zur Bewahrung des kulturellen Erbes im östlichen Europa und bewertet diese Kulturarbeit auch als einen wichtigen Weg des Zusammenwachsens. Der Deutsche Bundestag hat sich zur Aufarbeitung und Erhaltung des deutschen Kulturerbes im östlichen Europa seit 1953 immer wieder mehrheitlich bekannt. Mittlerweile hat diese wichtige Kulturarbeit - auch dank der unionsgeführten Bundesregierung - eine neue Qualität erreicht.

Die Kultur und Geschichte der in Regionen des östlichen Europas ehemals oder nach wie vor lebenden Deutschen wird heute auch als ein gemeinsames Erbe verstanden, das ver-

bindet und Brücken schlägt. Verständigung und Aussöhnung innerhalb Europas setzen voraus, dass wir neben den Konflikten auch Verbindendes in unserer Geschichte suchen. Bei der Förderung dieser wichtigen Kulturarbeit setzen wir daher den Schwerpunkt auf Erinnerung, Begegnung und kulturellen Austausch. Dies führt zu einer besseren, grenzüberschreitenden Verständigung und weckt zunehmend das Interesse der jungen Generation an dem kulturellen und geschichtlichen Erbe der ehemals deutsch geprägten Gebiete.

Es sind keineswegs mehr allein die Vertriebenen und Flüchtlinge, die Aussiedler und Spätaussiedler, die sich für ihre frühere Heimat interessieren. Inzwischen ist eine Generation herangewachsen, die sich - oft durch einen familiären Bezug - mit dem Kulturerbe im östlichen Europa verstärkt auseinandersetzt. Die Förderung des Bundes beträgt jährlich 17 Millionen Euro und reicht von der musealen und kulturellen Bildungsarbeit bis hin zu Forschung und Wissenschaft. Wir begrüßen beispielhaft:

1. die Förderung von Forschungseinrichtungen und Bibliotheken, die die wissenschaftliche Grundlage für die kulturelle Bildungsarbeit legen in Höhe von ca. 4,5 Millionen Euro
2. die Finanzierung von so genannten Kulturreferenten, die 196 erfolgreiche Projekte im Bereich der kulturellen Breitenarbeit umgesetzt haben

3. die Sicherung und Erhaltung deutscher Kulturdenkmäler im östlichen Europa. Für Projekte in Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Russland und der Slowakei wurden rund 754.000 Euro zur Verfügung gestellt.

4. die Unterstützung der verständigungspolitischen Arbeit der Heimatvertriebenen, die in den Prozess der europäischen Aussöhnung und Verständigung mit einbezogen werden und mit der Förderung von 1,7 Millionen Euro über 137 Projekte realisiert haben

5. die Veröffentlichung von Dokumentationen und Publikationen in der Deutschen Digitalen Bibliothek und der Internetplattform EUROPEANA

Im Prozess des Zusammenwachsens in Europa gewinnt die regionale Identität zunehmend an Bedeutung. Dies führt auch zu einer neuen Bewertung des deutschen Kulturerbes. Es bleibt unser Auftrag, das Kulturgut der Vertriebungsgebiete im Bewusstsein des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten.“



Thomas Strobl

Buchtipps

Ray M. Douglas

„Ordnungsgemäße Überführung“. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg
München 2012

„Geordnet und human“, sollte die Umsiedlung der Deutschen erfolgen, so hatte es das Potsdamer Abkommen festgelegt. Doch die Realität sah anders aus. In seinem gründlich recherchierten Buch rekonstruiert der irische Historiker R. M. Douglas, der an der Colgate University in New York lehrt, die verschiedenen Etappen der Massenvertreibungen. Douglas beschreibt eindrücklich den Archipel der Konzentrations-, Internierungs- und Sammellager für Deutsche, der in ganz Mittel- und Osteuropa nach dem Krieg entstand, und beleuchtet die Folgen, deren Schatten bis in die Gegenwart reichen. Dabei verwendet er deutsche Quellen nur, sofern sie durch andere Zeugnisse bestätigt werden, und konzentriert sich auf Überlieferungen aus dem Archiv des Internationalen Roten Kreuzes. Hinzu kommen Beobachtungen westlicher Diplomaten, Offiziere und Journalisten sowie die Akten der ausweisenden Staaten selber. So entsteht eine brillante Darstellung, die das Leid der Vertriebenen, die Gräueltaten an Deutschen und das moralische Versagen der Alliierten in ungewohnter Schärfe thematisieren kann, ohne in den Verdacht der Einseitigkeit zu geraten. Douglas macht darüber hinaus deutlich, dass die Zwangsumsiedlungen eine längere Vorgeschichte hatten, die in die Zeit vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten zurückreicht. Vertreibungen laufen nie „geordnet und human“ ab, das ist die zentrale These dieses Buches.

Bericht über die Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz

Debatte zur Unterrichtung durch die Bundesregierung (Drucksache 17/9401) am 10. Mai 2012 im Deutschen Bundestag



(C) HiRes

Klaus Brähmig (CDU/CSU): Im Osten gibt es viel Neues zu vermelden. Ich meine aber nicht die von vielen Experten für unmöglich gehaltene Rochade zwischen

Präsident und Ministerpräsident in Russland oder die politischen Entwicklungen in der Ukraine, deren künftige Ausrichtung die Zukunft Europas weit mehr prägen wird als die gegenwärtige westeuropäische Schuldenkrise. Ich meine den bemerkenswerten Wandel in Mittel- und Osteuropa, welchen der aktuelle Bericht der Bundesregierung zur Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz, BVFG, dokumentiert, zu dem unsere Fraktion diese Debatte im Deutschen Bundestag initiiert hat.

Denn in den letzten Jahren, so konstatiert die Bundesregierung treffend, habe sich die Perspektive auf Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa wesentlich verändert, und zwar zum Positiven. Ich zitiere:

Dies hat zu einer – wieder – stärkeren und auch vielschichtigeren Wahrnehmung der ehemals deutschen oder von Deutschen besiedelten Gebiete im östlichen Europa geführt. Heute geht das Interesse weit über die sogenannte Erlebnisgeneration und über die Familien der Vertriebenen hinaus. Neue Fragen an die Geschichte und eine neue Offenheit für die vielfältigen Aspekte des deutschen Kulturerbes in den einschlägigen Regionen des östlichen Europas prägen den Diskurs, der in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist und dabei wie selbstverständlich keineswegs auf Deutschland beschränkt ist, sondern sich im europäischen und grenzüberschreitenden Dialog entfaltet.

Wer hätte gedacht, wie der Ausblick des Berichts festhält, dass die wachsende Bedeutung regionaler Identitäten, die heute in vielen Ländern zu konstatieren sei, zu einer „ganz neuen Bewertung des deutschen Kulturerbes“ führe. Zitat; „Was einst ideologisch entzweite, wird zunehmend als verbindendes Merkmal in einem Europa der Regionen verstanden.“

Vielleicht ist es noch zu früh, die Wiederentdeckung der Kultur und Geschichte der Deutschen im Osten Europas in diesem Hohen Haus auszurufen, die jahrhundertlang schaffensreich und friedlich gewirkt hat,

„Wiederentdeckung der Kultur und Geschichte im Osten Europas“

woran endlich anzuknüpfen wäre; aber wir sind auf einem guten Weg dorthin. Bund und Länder haben sich bekanntlich in § 96 BVFG dazu verpflichtet, das Kulturgut der Deutschen im östlichen Europa zu bewahren, zu präsentieren und zu erforschen. Dabei geht es um historische Regionen und Siedlungsgebiete wie Schlesien, Ost- und Westpreußen, Siebenbürgen oder das Banat, in denen früher Deutsche gelebt haben und zum Teil noch heute ansässig sind. Beim diesjährigen Heimattag der Siebenbürger Sachsen gibt übrigens der in Kronstadt geborene Rocksänger Peter Maffay ein Benefizkonzert, dessen Erlöse für den Wiederaufbau der Kirchenburg Radeln sowie für den dortigen Bau eines Kindererholungsheims verwendet werden. Es kann daher nicht oft genug betont werden, dass dieses historische Erbe Teil der Kultur aller Deut-

schen und für uns als Kulturation von bleibender Bedeutung ist.

An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass nicht alle Fraktionen im Deutschen Bundestag das wohl so sehen. Wie sonst ist die Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen im letzten Jahr, Drucksache 17/5991, zu verstehen, in der scheinheilig auf die deutlichen Kürzungen der Kulturförderung nach § 96 BVFG „um die Jahrtausendwende“ – also unter rot-grüner Bundesregierung – verwiesen und kritisiert wird, seit 2005 „jedoch wachsen die Ausgaben in diesem Bereich wieder“?

Es stimmt, die jetzige Bundesregierung hingegen nimmt die Verantwortung für den Erhalt und die Pflege des deutschen Erbes im östlichen Europa als ein nach wie vor wichtiges kulturpolitisches Handlungsfeld ernst und hat dafür gesorgt, dass die Förderung seit der Regierungsübernahme von circa 12 Millionen Euro schrittweise auf knapp 17 Millionen Euro im Bundeshaushalt 2012 erhöht wurde.

Auf dem diesjährigen Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen hat die Bundeskanzlerin erklärt, wie wichtig es sei, dieses Erbe zu erforschen und jungen Menschen zu vermitteln. Sie unterstrich dabei die Bedeutung der Kulturförderung, wovon zum Beispiel der Ausbau von Landesmuseen zeuge.

Zu den geförderten Einrichtungen gehören neben der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin die regionalen Museen wie etwa das Pommersche Landesmuseum in Greifswald oder das Schlesisches Museum zu Görlitz sowie die Wissenschaftszentren wie das Herder-Institut in Marburg oder die Martin-Opitz-Bibliothek in Herne. Die vertriebenenpolitische Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat es sich in dieser Legislaturperiode zur Aufgabe gemacht, sämtliche Einrich-

tungen zu besuchen und eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, da teilweise bereits jetzt Modernisierungsbedarf erkennbar ist. Aus der Vielzahl der laufenden Maßnahmen will ich nur einige nennen. So wird jetzt das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg baulich um eine Baltische Abteilung erweitert und dadurch auch die Dauerausstellung ergänzt und modernisiert. Das Westpreußische Landesmuseum in Münster zieht in diesem Jahr an einen neuen Standort um, wo ebenfalls die Dauerausstellung bis zur Wiedereröffnung 2013 überarbeitet werden soll. Das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, BKGE, hat schon 2008 ein großes Projekt gestartet, das die vollständige Erfassung und Präsentation aller in Deutschland bestehenden Heimatsammlungen vorsieht. Zudem ist eine begleitende Gesamtdarstellung der circa 500 Sammlungen vorgesehen.

Das Amt des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, BKM, hat zusammen mit dem BKGE ein mit 800 000 Euro dotiertes Akademisches Förderprogramm ins Leben gerufen, um neues Interesse zu wecken und die Thematik an den deutschen Universitäten nachhaltig zu verankern. Nicht zuletzt hat die Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ Anfang dieses Jahres mit dem erfolgreichen Abschluss des Architektenwettbewerbs für den Umbau des Deutschlandhauses ein wichtiges Etappenziel erreicht. Realisiert werden soll ein ambitionierter Entwurf der österreichischen Architekten Bernhard und Stefan Marte, eine überzeugende Arbeit, die sich nicht nur in der Berliner Museumslandschaft sehen lassen kann. Einerseits wird dem Charakter des historischen Gebäudes und dem Denkmalschutz Rechnung getragen, indem die Fassaden an der Stresemannstraße und Anhalter Straße erhalten bleiben. Andererseits ermöglicht der Entwurf im Gebäudekern den Neubau eines zeitgenössischen Museums, welches der geplanten Dauerausstellung großzügigen Raum gibt.

Zudem zeigt die Bundesstiftung in diesen Tagen in einer ersten Ausstellung die eindrucksvollen Ergebnisse eines Sammlungsaufrufs nach persönlichen Erinnerungsstücken an Flucht, Vertreibung und Heimatverlust. Nach nur sechswöchigem Sammlungsaufruf – als erstem Testdurchlauf – gingen bei der Stiftung etwa 100 Exponate ein, darunter einige sehr wertvolle Objekte, die der Stiftung dauerhaft zur Verfügung gestellt wurden und von rund 30 Familienschicksalen erzählen. Dabei handelt es sich

„Dokumentation aller Heimatsammlungen“

um einmalige Zeitdokumente wie der Armbinde mit aufgenähtem Buchstaben vom Juni 1945, die alle Sudetendeutschen bis zu ihrer Vertreibung tragen mussten, oder original erhaltenes Fluchtgepäck.

Die Bundesstiftung ist – und daran halten wir unbeirrt fest – eines der wesentlichen Projekte für unsere nationale Identität, in der das millionenfache Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen, die historischen Hintergründe von Flucht und Vertreibung sowie deren europäische Dimensionen dokumentiert werden soll. Wir werden uns deshalb weiter für den konsequenten Ausbau der Bundesstiftung mit voller Kraft einsetzen.



(c) Deutscher Bundestag

Thomas Strobl (CDU/CSU): Wir diskutieren heute den Bericht der Bundesregierung über ihre Aktivitäten zur Pflege des Kulturguts der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie zur

Förderung der wissenschaftlichen Forschung in den Jahren 2009 und 2010. Angesichts der Vertreibung vieler Millionen Landsleute haben sich Bund und Länder Anfang der 50er-Jahre geschworen, Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa niemals vergessen zu machen. Dem Auftrag sah sich bis heute jede Bundesregierung in besonderem Maße verpflichtet.

Das reiche kulturelle Erbe, das die Deutschen aus ihrer jahrhundertelangen Geschichte im östlichen Europa mitbrachten, ist für unsere Kulturnation von außerordentlicher Bedeutung. In den ehemals deutsch geprägten Gebieten erwachsen über die Jahrhunderte in schöpferischem Geiste deutsche Musik, Literatur, Philosophie, Baukunst und Malerei; auch Wissenschaft und Forschung waren an den Universitäten in unseren Nachbarländern angesiedelt. Durch diese unterschiedlichen Facetten besitzt unser Vaterland heute einen einzigartigen kulturellen Reichtum, um den uns andere Länder beneiden.

Das kulturelle Erbe im östlichen Europa zu bewahren, ist der vordringliche gesetzlich festgeschriebene Auftrag aus § 96 Bundesvertriebenengesetz. Diesen erfüllte die Bundesregierung auch 2009 und 2010 mit großer Tatkraft. Wir Christdemokraten sehen uns in diesem Zusammenhang jedoch immer auch verpflichtet, an das Unrecht von Flucht und Vertreibung zu erinnern.

Jüngere Menschen, deren eigenes Schicksal durch diese Ereignisse nicht geprägt wurde, sind sich kaum bewusst, wie widrig die Umstände waren, unter denen das heutige Deutschland entstanden ist. Es lag nicht nur das ganze Land in Trümmern – eine Tatsache, die im Geschichtsunterricht noch weitgehend verdeutlicht wird – nein, die Gesellschaft war nach dem Krieg auch eine ganz andere als vorher: 14 Millionen Deutsche, die Jahrhunderte im östlichen Europa gelebt hatten und nach dem Zweiten Weltkrieg von dort vertrieben wurden, suchten eine neue Heimat; das war damals etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Als Folge des Krieges

und der verständlichen Wut auf die Deutschen mussten sie über Nacht ihre Heimat in Ost- und Westpreußen, Danzig und Pommern, Ober- und Niederschlesien, dem Sudetenland, dem Banat und Siebenbürgen verlassen, 2 Millionen von ihnen kamen ums Leben, noch bevor sie ihre neue Heimat erreicht hatten. Die Überlebenden hat die Erinnerung an die erlittenen Grausamkeiten und die Trauer über den Verlust der Heimat ihr ganzes Leben lang gequält.

Angesichts der Lebensleistung der Vertriebenen kann man nicht ohne Scham auf den öffentlichen Umgang mit ihrem Schicksal blicken, der über viele Jahrzehnte vorherrschend war; denn allzu lange sind Flucht und Vertreibung aus dem kollektiven Bewusstsein verdrängt worden; allzu lange war das Thema tabu. Nur zögerlich und erst allmählich wurde in den 1990er-Jahren die Mauer des Schweigens durchbrochen. Im Koalitionsvertrag von 2005 vereinbarten wir mit den Sozialdemokraten, im Geiste der Versöhnung ein „sichtbares Zeichen“ für das Unrecht von Vertreibung zu setzen. Bis zur Gründung der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ im Jahr 2008 war es somit ein langer und beschwerlicher Weg. Indem wir das Kulturerbe der Vertriebenen und Flüchtlinge, der Aussiedler und Spätaussiedler entdecken und bewahren, gedenken wir somit immer auch ihrer wechselvollen Geschichte. Das eine ohne das andere darzustellen wäre verkürzt und würde dem Schicksal der Menschen nicht gerecht.

In den Jahren 2009 und 2010, um die es heute geht, unterstützte die Bundesregierung die Kulturarbeit der Vertriebenen mit 34 Millionen Euro. Dies sind 6 Millionen mehr als noch 2007 und 2008, wo die Mittel ebenfalls schon aufgestockt worden waren. Dieser erfreuliche Trend zeigt: Die Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel betrachtet den Auftrag, Kultur und Geschichte zu bewahren, nicht als bloße Verpflichtung, sondern sieht ihn als eine Herzensangelegenheit an.

Warum ist uns das so wichtig? Nun, zunächst und vor allen Dingen, weil wir überzeugt sind, mit der Erinne-

rung an Vertreibungen in der Vergangenheit mögliches Unrecht in der Zukunft zu verhindern. Ohne Gedenken und Versöhnung ist keine gemeinsame Zukunft in einem friedlichen Europa möglich. Erinnern wir uns daran, was nach fast 70 Jahren immer mehr in Vergessenheit gerät: Frieden zwischen den europäischen Völkern ist keine Selbstverständlichkeit. Verständigung und Aussöhnung innerhalb Europas setzen voraus, dass wir neben den Konflikten auch Verbindendes in unserer Geschichte suchen. Bei der Förderung setzen wir daher den Schwerpunkt auf Erinnerung, Begegnung und kulturellen Austausch. Die Vertriebenenorganisationen leisten hierzu mit guten Kontakten in ihre frühere Heimat ebenfalls unersetzliche Dienste. Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa stellen ein gemeinsames europäisches Erbe dar. Die Kulturarbeit wird so zu einem Brückenschlag zwischen denen, die fliehen mussten, und denen, die bleiben konnten.

„Ohne Gedenken und Versöhnung ist keine gemeinsame Zukunft in einem friedlichen Europa möglich“

Ganz konkret etwas bewirken können wir, wo die Gefahr neuen Leids noch nicht gebannt ist. Ich denke besonders an die Staaten des ehemaligen Jugoslawien, wo ab dem 17. Jahrhundert die Donauschwaben lebten. In Serbien und den Nachbarländern schwelen noch immer ethnische Konflikte. Schlichtend tätig werden können wir am besten direkt vor Ort. Die Kulturreferenten, die wir im Jahr 2009 endlich dauerhaft einstellen konnten, spielen dabei eine wichtige Rolle. Vor Ort fördern sie zivilgesellschaftliche Einrichtungen und kulturelle Bildungsprojekte, die für das friedliche Zusammenleben der Mehrheitsbevöl-

kerungen mit ihren Minderheiten eintreten.

Die Bundesregierung verfolgt bei der Kulturförderung seit einigen Jahren einen neuen Ansatz. „Gemeinsame Geschichtsschreibung“ oder auch „Erinnerungskultur“ sind die Stichworte. Bevor wir in eine gemeinsame Zukunft schauen können, sollten wir unsere Sicht auf die Vergangenheit teilen. Hierfür ist gemeinsame Forschung unerlässlich. Lange bestand keine Einigkeit über die historischen Fakten; jedes Land verfolgte seine eigene Wahrheitsfindung. Aus diesem Grund unterstützt die Bundesregierung nun vor allem Kooperationsprojekte zwischen deutschen Wissenschaftlern und jenen der Nachbarländer. Gemeinsame Forschungsprojekte, Wanderausstellungen etwa oder Jugendbegegnungen, tragen zu einem geteilten und gemeinsamen Geschichtsverständnis bei. Das große Ziel sind Schulbücher, die die gleichen Inhalte vermitteln.

Wir sind zudem stolz darauf, dass von uns unterstützte Institute Lehrveranstaltungen an zahlreichen ausländischen Universitäten abhalten. Vor allem aber fördern wir den akademischen Nachwuchs mit der Finanzierung von Tagungen zum wissenschaftlichen Austausch, Stipendien und Juniorprofessuren. Jede Generation stellt ihre eigenen Fragen an Geschichte. Deshalb ist Geschichtsforschung selbst dann nicht abgeschlossen, wenn wir glauben, alles zu wissen.

Ein weiterer großer Teil der Förderung kommt den Museen zugute. Das Interesse am deutschen Kulturerbe im Osten beschränkt sich schon längst nicht mehr auf die Betroffenen und deren Nachkommen. Die Neugier wächst sowohl bei uns als auch in den Nachbarländern. Immer drängender wird die Aufzeichnung von Zeitzeugenberichten, da diese Erinnerungen ebenso bedeutend wie vergänglich sind, weil immer weniger Menschen den nachfolgenden Generationen von eigenen Erlebnissen berichten können werden. Kultur und Geschichte der deutschen Minderheiten und vor allem auch Flucht und Vertreibung

werden in den Schulen nur untergeordnet behandelt. Dies ist ein beklagenswerter Mangel, und auch gerade aus diesem Grund müssen Museen als Lernorte vor allem für junge Menschen ausgestattet werden.

Die Erinnerung wachzuhalten, ist auch das oberste Ziel der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Deren Arbeit unterstützt der Bund mit jährlich 2,5 Millionen Euro. Heute steht fest, wie das neue Ausstellungsgelände für Flucht und Vertreibung aussehen soll. Das „Deutschlandhaus“ hier in Berlin wird umgebaut und architektonisch mit der „Topographie des Terrors“ verbunden. Die Dokumentation der NS-Schreckensherrschaft wird damit durch die Erinnerung an ihre schrecklichen Konsequenzen ergänzt. Mit den Zuwendungen werden bereits heute Stücke für die Dauerausstellung angeschafft. Auf der Berlin Biennale für zeitgenössische Kunst, die diesen Tag stattfindet, zeigt die Stiftung zudem persönliche Erinnerungsstücke, die viele von ihrer Flucht gespendet haben. Für all diese und viele weitere Aspekte von Geschichte, Kultur und Wissenschaft stand die unionsgeführte Bundesregierung in den Jahren 2009 und 2010. Mit dem Vorsatz, das deutsche Kulturerbe im östlichen Europa zu entdecken und zu bewahren, nehmen wir Verantwortung an: Verantwortung gegenüber unseren Nachbarn, dass wir das Vermächtnis unserer Vorfahren nicht einfach verkommen lassen, und Verantwortung gegenüber denjenigen Mitgliedern unserer Gesellschaft, die ihre Heimat schmerzlich verloren haben und sich hier so bescheiden wie erfolgreich eingegliedert haben Kultur und Geschichte von 14 Millionen Deutschen dürfen niemals in Vergessenheit geraten. Sie sind Teil der Geschichte unseres Landes. Dazu stehen wir gerade auch heute.



Patrick Kurth (FDP): Flucht und Vertreibung sind traurige und tragische Kapitel der deutschen und europäischen Geschichte. In Ost-

und Mitteleuropa wurden in den vergangenen 100 Jahren Millionen von Menschen gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben, darunter mindestens 12 Millionen Deutsche. Sie wurden so ihrer Heimat beraubt, deren Kulturerbe sie zum Teil über Jahrhunderte mitgestaltet hatten. Heute finden sich Orte wie die Marienburg im früheren Ostpreußen oder die Friedenskirchen in Niederschlesien auf der Liste der Weltkulturerbestätten.

Dennoch bleiben sie auch Teil unseres kulturellen Erbes, selbst wenn sie nicht mehr innerhalb der Grenzen Deutschlands liegen. Die Geschichte der Deutschen im östlichen Europa ist ein zentraler Aspekt unserer Erinnerungskultur.

Das Leid der Vertriebenen und ihr kulturelles Erbe in Osteuropa darf und wird niemals vergessen werden. Es ist die Aufgabe von Gesellschaft und Politik, diesen Teil der deutschen und der europäischen Geschichte in all seinen Facetten aufzuarbeiten und für künftige Generationen in Erinnerung zu halten. Vor allem die konkreten Schicksale sind ergreifend: Menschen, die pauschal Opfer von Vertreibung wurden, haben einen Anspruch darauf, dass ihr Leben und Leid gewürdigt wird. Dabei vergessen wir nicht: Die Ursache des Vertreibungsunrechts liegt beim menschenfeindlichen NS-Regime. Ohne den Krieg Hitlers hätte es auch keine Vertreibungen von Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa gegeben.

Indes beobachten wir heute, dass sich auch jüngere Generationen mit den deutschen Wurzeln in Osteuropa auseinandersetzen. Es existiert ein großes Interesse für diesen Teil der deutschen Geschichte, und zwar über die Zeitzeugengeneration und die Nachkommen der Vertriebenen hinaus. Wir fördern diese erfreuliche Entwicklung durch unsere Maßnahmen im Rahmen des Bundesvertriebenengesetzes. Unser Engagement in dieser Frage spiegelt sich in harten Zahlen: Nach den massiven Kürzungen durch die rot-grüne Bundesregierung hat Schwarz-Gelb die Förderung konsolidiert. Standen 2005 noch 12 Millionen Euro jährlich zur Verfügung, sind es heute rund 17 Millionen

Euro. Allein 2011 haben wir die Mittel um 5,3 Prozent erhöht.

Wichtig ist dabei, dass die geförderte Kulturarbeit nicht allein zu einer Aufgabe von Forschern, Restauratoren und Museumsdirektoren wird. So bedeutend die Bewahrung und wissenschaftliche Erforschung der Kultur der Vertriebenen ist, sie darf sich nicht auf die Musealisierung des Vergangenen beschränken. Ein Schwerpunkt muss auch auf gegenseitigem Austausch, Vermittlungs- und Versöhnungsarbeit liegen. Längst ist heute ein Großteil der Vertreibungsgebiete Teil der Europäischen Union geworden. Staatliche Grenzen trennen uns nicht länger, sie verbinden. Dadurch ergeben sich großartige Möglichkeiten der Verständigung.

Junge Deutsche fahren auf Bildungsreisen gen Osten, in die böhmischen Gebiete, nach Krakau, Danzig oder Tilsit. Hautnah lernen sie so die weitverzweigten Wurzeln unserer Geschichte und Kultur kennen.

„Großes Interesse über die Zeitzeugengeneration und Nachkommen der Vertriebenen hinaus“

Ganze Schulen kooperieren länderübergreifend, beispielsweise in Theaterprojekten. Nicht zuletzt kommen auch viele osteuropäische Studenten für einen Studienaufenthalt nach Deutschland. Über Stipendienprogramme und Sommerakademien bringen wir junge Menschen zusammen. In vielen Fällen wird all dies aus Mitteln des Bundesvertriebenengesetzes finanziert. Dadurch fördern wir auch den sich wandelnden Zeitgeist der jüngeren Generation in Osteuropa. Dort gibt es ein neues und frisches Interesse an der Geschichte und der engen Beziehung dieser Länder zu Deutschland. Viele junge Osteuropäer haben das Kulturerbe der einst dort lebenden Deutschen positiv angenommen, es ist ein Teil ihrer Lebens-

welt geworden. Durch Dialog, gegenseitige Neugier und Austausch mit den osteuropäischen Nachbarn entwickelt sich so ein neuer und versöhnlicher Umgang mit der gemeinsamen Geschichte.

Über den Erinnerungs- und Versöhnungsaspekt hinaus haben diese Aktivitäten im Rahmen des Bundesvertriebenengesetzes weitere positive Effekte. Durch unsere Maßnahmen begeistern wir junge, qualifizierte Menschen in Osteuropa für unsere Kultur und machen Deutschland attraktiv. Genau diese Menschen müssen wir erreichen, da wir durch demografischen Wandel und Fachkräftemangel zunehmend auf ausländische Hochqualifizierte angewiesen sind. Auch in der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wollen wir uns aus diesem Grund noch stärker auf Osteuropa konzentrieren. Nach jahrelanger Vernachlässigung durch die Vorgängerregierungen investiert Schwarz-Gelb verstärkt an dieser Stelle.

Selbstredend widmet sich aber nicht nur die neue Generation dem deutschen Kulturerbe in Osteuropa. Sehr wichtig ist auch die verständigungspolitische Arbeit der Vertriebenen und ihrer Nachkommen. Wer könnte besser zum gegenseitigen Kennenlernen zwischen Deutschen und Polen, Tschechen oder Rumänen beitragen als die Vertriebenen? Der Bund der Vertriebenen leistet dafür einen entscheidenden Beitrag – ebenso wie zur Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Dafür gebühren ihm unser Dank und unsere Anerkennung. Von diesem Engagement profitieren nicht nur unser Zusammenleben im Alltag und der europäische Verständigungsprozess, sondern davon lebt auch unsere Demokratie.

Dem Bund der Vertriebenen geht es dabei nicht darum, zu verklären oder die deutsche Geschichte zu relativieren. Gerade die Partei Die Linke wirft dies immer wieder vor. Dabei sind sie selbst Weltmeister darin, Geschichte zu verdrehen. Die SED und ihre Nachfolgepartei verklärten nach der Wende die Geschichte des DDR-Unrechtsstaates. So etwas haben die Vertriebenen nicht getan.

Nicht zuletzt ist und bleibt Vertreibung auch ein aktuelles Thema. Die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien Ende der 90er-Jahre oder in der sudanesischen Region Darfur sind nur zwei Beispiele dafür. Deswegen ist es wichtig, Flucht und Vertreibung nicht nur zu erinnern, sondern auch offen zu thematisieren und urteilsfähig zu bleiben. Dazu gehört es auch, die Schrecken der Vertreibung und das Schicksal der Millionen Flüchtlinge eindringlich zu schildern, um sie der breiten Öffentlichkeit erfahrbar zu machen. Gerade die Aktivitäten der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung leisten an dieser Stelle Wertvolles. Es ist ein Hauptanliegen der Stiftung, Vertreibungen als politisches Instrument und Menschenrechtsverletzung zu jeder Zeit und an jedem Ort zu ächten. Gerade die Deutschen tragen als Täter und Opfer von Vertreibungen besondere Verantwortung. Wir müssen das Bewusstsein, dass Vertreibung unrecht ist, bei jungen Menschen aufrechterhalten. Deutschland ist dafür auf einem guten Weg.



(c) Deutscher Bundestag

**Dr. h. c.
Wolfgang
Thierse**

(SPD):

Weil Bundesregierungen keine Klientelpolitik betreiben sollten, haben wir im Jahr 2000, damals in rot-grüner

Regierungsverantwortung, bei der Kulturarbeit gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz einen Paradigmenwechsel vollzogen: Die Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa muss seitdem eine breitere Öffentlichkeit berücksichtigen und im Geiste des Austausches und der Verständigung erfolgen!

Auf keinen Fall wollten und wollen wir hermetische „Parallelwelten“ und zweifelhafte, revisionistische Geschichtsbilder institutionell verfestigen. Denn nicht Verdrängung ist der

richtige Weg, sondern eine gemeinsame historische Vergewisserung, die erst aus dem gemeinsamen Blick von Deutschen, Polen, Tschechen und anderen auf die Traditionen in ehemals deutschen Kulturlandschaften entstehen kann. Konkret haben wir im Jahr 2000 deshalb auf eine Öffnung und die Professionalisierung der Kulturarbeit gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz gedrungen und umfassende Umstrukturierungen vorgenommen. Der vorliegende Bericht zeigt für die Jahre 2009 und 2010, wie richtig unsere Konzeption und wie notwendig der Kurswechsel war.

„Das Instrument der Stiftungsprofessur hat sich bewährt“

Museen und Kulturarbeit müssen ihre Präsentationen und Projekte im Kontext aktueller museologischer und wissenschaftlicher Diskurse planen. Zeitgemäße Methoden und Medien sind bei der Vermittlung einzusetzen. Die Angebote haben sich an ein breiteres Publikum zu richten.

Ebenso wichtig ist die Bildung professioneller, internationaler Netzwerke. Museen und Kulturarbeit müssen in ständigem Dialog mit jenen osteuropäischen Nachbarn stehen, auf deren Länder und Regionen die jeweiligen Darstellungen von Kultur, Geschichte und Erinnerung Bezug nehmen. Hier hat sich – und es freut mich, dass der Bericht dies bestätigt – das Instrument der Stiftungsprofessur bewährt. Es ist dieser Dialog zwischen Wissenschaftlern, Studenten und einer interessierten Öffentlichkeit aus Deutschland und den Ländern Mitteleuropas, der zu echter Verständigung führen kann. Nur gemeinsam lässt sich die Zukunft Europas friedlich gestalten. Besonders ist deshalb auch der Jugendaustausch weiter zu fördern. Persönliche Beziehungen sind von unschätzbarem Wert. Die Programme müssen sich allerdings noch stärker als bisher in den

Kontext der gesamteuropäischen Entwicklung einfügen. Hier sind die notwendigen Anpassungen vorzunehmen. Der Bericht deutet dies in seinem Ausblick an.

Mein Fazit: Unsere Neujustierung der Kulturarbeit nach dem Bundesvertriebenengesetz hat sich bewährt und wird – auch dies macht der Bericht deutlich – von Schwarz-Gelb nicht infrage gestellt. So kann ich nur begrüßen, dass es Herrn Neumann gelungen ist, die unter Rot-Grün eingeführten Stellen der Kulturreferenten zu entfristen.

Das hilft nicht nur den Referenten, sondern ist ein richtiges Signal: eine Anerkennung der großen Bedeutung der Jugendarbeit. Denn auch hier liegt der Bericht richtig – Zitat – „Es sind keineswegs allein die Vertriebenen und Flüchtlinge, die Aussiedler und Spätaussiedler, die sich für ihre frühere Heimat interessieren und zahlreiche Brücken zu den heute dort lebenden Menschen gebaut haben.“

In Deutschland und seinen Nachbarländern sind inzwischen neue Generationen herangewachsen, die sich mit dem deutschen Kulturerbe im östliche Europa auseinandersetzen.“

Die Strukturen der Kulturförderung gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz sind inzwischen also zukunftsfähig – doch gilt das auch für die Politik, die Inhalte der Koalition?

Zweifel sind angebracht, beispielsweise wenn wir uns die Errichtung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung ins Gedächtnis rufen, die im Dezember 2008 als unselbstständige Stiftung unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums gegründet wurde.

Ich muss nicht alle die Streitigkeiten bei der Besetzung der Gremien wiederholen – doch sind die rückwärtsgewandten, populistischen Äußerungen, Maßnahmen und Wünsche aus den Reihen der CDU, die bis heute das große Projekt der Aussöhnung und Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarn immer wieder erschweren, nicht nur mir in schlechter Erinnerung.

Deshalb appelliere ich an CDU/CSU: Nehmen Sie den vorgelegten Bericht ernst und handeln Sie danach.

Revisionismus ist nicht zukunftsweisend!



© Laurence Chaperon

Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE): Im Eingangstext des Berichts der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Förderung

der Kulturarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes für 2009 und 2010 heißt es: „Jede Generation entwickelt ihre eigenen Sichtweisen auf die Geschichte und stellt deshalb jeweils neue Fragen an die Vergangenheit.“ Wohl wahr. Aber wird diesem Grundsatz auch die gegenwärtige Kulturarbeit Deutschlands im östlichen Europa gerecht? Mir scheint, das ist nicht der Fall – trotz vieler Beschwörungen des „Miteinanders verschiedener Kulturen“, der „verbindenden Funktion“ eines gemeinsamen

„Hier ist nicht von ein paar Tausend Euro die Rede“

kulturellen Erbes und seinen Möglichkeiten, als „Brücke“ zwischen den Völkern zu dienen. Diesen schön klingenden Beschwörungen zum Trotz beschreibt der Bericht eine Kulturförderung - immer noch im Geist der deutschen Vertriebenenorganisationen. So heißt es im Kapitel 2 „Struktur der Bundesförderung“: „Gemäß § 96 BVFG haben Bund und Länder das Kulturgut der historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebiete im Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten.“ Welche Rangfolge wird hier nach wie vor festgeschrieben? Müsste es nicht ganz und gar umgekehrt heißen: erstens im Bewusstsein des gesamten deutschen Volkes, zweitens des Aus-

landes und drittens der Vertriebenen und Flüchtlinge? Das gilt gerade dann, wenn man die europäische Dimension dieser Kulturförderung in den Mittelpunkt stellen will und die kulturelle Vielfalt. Mit Verlaub: Es geht um eine Aufgabe des Bundes und der Länder, also des gesamten deutschen Volkes, ausgerichtet auf das östliche Europa, also das Ausland. Diese beiden übergreifenden Kriterien müssen heutzutage Grundlage der Förderung der Kulturarbeit sein – und nicht an erster Stelle und damit vorrangig das „Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge“.

Aber sowohl strukturell als auch praktisch geht es um Förderung der Vertriebenenverbände und ihre Sicht auf Geschichte und Kultur. Da heißt es im Bericht über die seit 2009 festangestellten Kulturreferentinnen und Kulturreferenten, die in den Museen Ulm, Lüneburg, Gundelsheim, Münster, Greifswald und Görlitz arbeiten: „Mit einem eigenen Förderetat unterstützen sie geeignete Projekte Dritter insbesondere aus dem Vertriebenenbereich.“ Und hier ist nicht von ein paar Tausend Euro die Rede: 2009 und 2010 stellte der Bund für die Arbeit der Kulturreferenten 847 000 bzw. 824 000 Euro zur Verfügung. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass die Kulturreferenten mit rund 447 000 Euro zusätzlich zu eigenen Vorhaben insgesamt 196 externe Projekte förderten. Davon entfielen 144 Projektzuwendungen auf die Landsmannschaften und andere Organisationen der deutschen Heimatvertriebenen.

So geht das praktisch mit den Vertriebenenprojekten immer weiter. Weswegen ja ein ganzes Kapitel des Berichts überschrieben ist: „Erinnerung an Flucht und Vertreibung wachhalten“. – Und da ist nach wie vor kein Wort über die millionenfache Vertreibung der Juden, Osteuropäer und Sinti und Roma, sondern es geht vorrangig um die Deutschen. Wobei wir auf die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ hingewiesen werden als „zukunftsweisenden Beitrag“ dafür, dass Vertreibungen als Mittel der Politik nachhaltig geächtet werden“. Dafür wollen wir uns ganz und gar einsetzen – in der Tat! Allerdings muss, wer

dies wirklich will, als erstes den Krieg ächten; denn er war und ist der Auslöser des Vertreibungselends, überall auf der Welt. Über die Arbeit der Stiftung erfahren wir wenig in diesem Bericht – außer dass sie sich auf einem guten Weg befindet. Dabei ist noch immer alles beim Alten: Arnold Tölg und Hartmut Saenger sind nach wie vor für den Bund der Vertriebenen als stellvertretende Mitglieder im Stiftungsrat.

Der Zentralrat der Juden lässt deswegen bis heute seine Mitgliedschaft im Stiftungsrat ruhen. Im Beirat ist immer noch kein Mitglied der Sinti und Roma vertreten. Von all dem und den öffentlichen Auseinandersetzungen hierüber findet sich kein Wort im Bericht.

Wie wäre es endlich mit der Gründung und Finanzierung von multinationalen Stiftungen zur Förderung von Kultur und Wissenschaft in multiethnischen Regionen Europas? Wir haben dies schon 2007 in unserem Sondervotum zum Enquete-Bericht „Kultur in Deutschland“ gefordert.

Mit 16 Millionen Euro Förderung nach § 96 BVFG ließe sich bestimmt viel ermöglichen – kulturelle Förderung des gegenwärtigen Miteinanders in Verantwortung vor der Geschichte. Vielleicht finden wir einen solchen Posten unter den Aktiva des nächsten Regierungsberichts.

Grundsätzlich ist zu fragen, ob eine Kulturförderung nach dem § 96 des Bundesvertriebenengesetzes noch zeitgemäß ist. Zum Zeitpunkt des Entstehens des Bundesvertriebenengesetzes im Jahr 1953 ging es um die Integration von Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Heute aber geht es darum, das kulturelle Erbe der deutschsprachigen Flüchtlinge und Vertriebenen als Teil der europäischen kulturellen Vielfalt auch für spätere Generationen zu bewahren. Hier ist es an der Zeit für einen Perspektivenwechsel.

Es ist auch an der Zeit, die bisher gesondert geförderten Einrichtungen nach und nach in vorhandene Institutionen und damit in die „normale“ Kulturförderung zu integrieren.



© Laurence Chaperon

Claudia Roth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Bericht der Bundesregierung ist am z e n t r a l e n Punkt ein Dokument des Schönredens und Verdrängens. Er verdrängt eine der schärfsten kulturpolitischen Kontroversen, die es in den letzten Jahren im Bundestag – und auch darüber hinaus – gegeben hat, eine Kontroverse, die im Zeitraum 2009 und 2010, über den die Bundesregierung berichtet, hohe Wellen schlug und die weiter für Unruhe sorgt und längst nicht abgeschlossen ist, nämlich die Kontroverse um die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“.

Zwar erwähnt der Bericht den Zweck der Stiftung, nämlich „im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im historischen Kontext des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik und ihrer Folgen wachzuhalten“, aber mit keinem Wort geht er darauf ein, wie diesem Zweck Hohn gesprochen worden ist. Die Gesetzesnovelle von 2010, die den Stiftungsrat aufblähte, wird damit gerechtfertigt, dass die Stiftung so der „Komplexität der Aufgabenstellung“ besser gerecht werden sollte. Aber jeder weiß doch, dass es um einen faulen Deal der Bundesregierung mit Spitzenfunktionären und ganz persönlich mit der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Frau Steinbach, ging. Für einen Verzicht von Frau Steinbach auf einen Stiftungsratssitz bot man dem Bund der Vertriebenen drei zusätzliche Sitze an. Das war der Kern des Deals, der mit der Gesetzesnovelle besiegelt wurde. Die Zeitungen im Berichtszeitraum sind voll vom Streit um diesen Vorgang, den Kanzlerin Merkel monatelang schweigen ließ und der die Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarländern belastete. Kein Wort darüber im Be-

richt der Bundesregierung, auch darüber nicht, dass mit der Gesetzesnovelle eine Art Blockwahlsystem für die Stiftungsratssitze eingeführt wurde, das dem Bundestag keine wirkliche Auswahlmöglichkeit gibt. Wir haben dieses Auswahlverfahren scharf kritisiert. Und unsere Befürchtungen waren nur zu berechtigt. Denn mit Arnold Tölg und Hartmut Saenger gelangten Vertriebenenfunktionäre in den Stiftungsrat, die sich gegen die Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter des NS-Regimes ausgesprochen bzw. Polen die Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zugeschoben hatten. Der ebenfalls in den Stiftungsrat gewählte Vertriebenenfunktionär Stephan Grigat hatte eine Reise durch Ostpreußen als „Reise in ein besetztes Land“ bezeichnet. Das sind Äußerungen und Positionen, die dem Versöhnungszweck der Stiftung diametral entgegenlaufen. Dennoch sind die drei Vertreter weiter im Amt. Aufgrund der problematischen Vorgänge rund um die Stiftung verließen namhafte Wissenschaftler aus unseren östlichen Nachbarländern den wissenschaftlichen Beirat der Stiftung. Der Zentralrat der Juden lässt seine Mitgliedschaft im Stiftungsrat seit September 2010 ruhen, und die Sinti und Roma sind dort nach wie vor

„Sinti und Roma sind nicht vertreten“

nicht vertreten. Auch darüber wird von der Bundesregierung nicht berichtet, genauso wenig wie über die Forderungen aus verschiedenen Fraktionen, die Bundesmittel für die Stiftung zu streichen und einen kompletten Neustart der Stiftung anzugehen, der dringend nötig ist, um den Stiftungszweck der Versöhnung zu erfüllen. Ein Bericht, der es schafft, Vorgänge von einer solchen Tragweite schlicht auszusparen, ist mehr als mangelhaft. Er zeugt davon, dass die Bundesregierung vor ihrer politischen Verantwortung davonläuft und sich ihr nicht stellt.

Defizite beim muttersprachlichen Unterricht

Bericht des Europarates zur deutschen Minderheit in Polen



v.l.: Prof. Dr. Egon Jüttner, Dr. Christoph Bergner, Manfred Behrens, Klaus Brähmig

Im Nachgang des jüngsten Zensus in Polen erörterte die Gruppe mit Dr. Christoph Bergner, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern und Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, aktuelle Fragen der deutschen Minderheit in Polen.

Laut den Ergebnissen des Zensus 2011 in Polen bekennen sich nur noch 109.000 Menschen zur deutschen Na-

eine „bayerische“ Nationalität gebe. Zudem stelle der jüngste Bericht des Europarates zu den Minderheiten in Polen erhebliche Defizite beim muttersprachlichen Unterricht der deutschen Minderheit fest.

Der Sachverständigenausschuss des Europarates rufe die polnischen Behörden auf, die Verwendung von deutschen Ortsnamen zuzulassen, auch wenn diese nicht mehr als 20 Prozent des Ortes ausmachen, aber

nationalität. 2002 waren dies noch 153.000, gleichzeitig bekennen sich jetzt 809.000 als Schlesier. Herr Brähmig verwies darauf, dass es eine „schlesische“ ebenso wenig wie

eine Sprechergruppe in der jeweiligen Region darstellen.

Staatssekretär Bergner erklärte, dass die Verwurzelung der deutschen Minderheit in Polen nach wie vor stark sei und die Rückgänge beim Zensus nicht immer plausibel zu erklären seien. Man müsse dennoch die Ergebnisse in Ruhe auswerten. Er berichtet über den Stand der Rundtischgespräche, die im Rahmen des 20jährigen Jubiläums des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages etabliert wurden. Er berichtete über den Stand der Rundtischgespräche, die im Rahmen des 20jährigen Jubiläums des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages etabliert wurden. Der Bundestag hatte sich seinerzeit auf Initiative der Gruppe in einem interfraktionellen Antrag etwa dafür ausgesprochen, dass in Polen die in kommunistischer Zeit verfolgte Assimilationspolitik gegenüber der deutschen Minderheit aufgearbeitet und die unterschiedlichen Erinnerungskulturen gerade in Schlesien miteinander verbunden werden.

Deutsch-polnisches Geschichtsbuch auf dem Weg

Neue Bildungsstrategien für die deutsche Minderheit

Die Gruppe sprach in Fortführung der Gespräche mit dem Bundesinnenministerium über die deutsche Minderheit mit Cornelia Pieper, Staatsministerin im Auswärtiges Amt, über die Umsetzung des Arbeitsprogrammes gemäß dem Koalitionsantrag „Deutschland und Polen – Verantwortung aus der Geschichte, Zukunft in Europa“ (BT-Drucksache 17/6145) und die bilateralen Beziehungen.

Staatsministerin Pieper berichtete, dass das lang geplante deutsch-polnische Geschichtsbuch endlich auf den Weg gebracht sei. Der jüngste Beschluss der Kultusministerkonferenz Sorge nun für die notwendige finanzielle Grundlage des geplanten Lehrwerkes, in dem auch die Geschichte der Vertriebenen dargestellt werde.

Zur Situation der deutschen Minderheit in Polen führte sie aus, das Auswärtige Amt unterstütze diese mit

1,4 Millionen Euro jährlich. Es habe 2012 ein deutscher Lehrtag in Opatowitz stattgefunden, dessen Ergebnisse in einer Strategie des Runden Tisches gemündet seien, neue Bildungsstrategien für die deutsche Minderheit auf den Weg zu bringen. Der Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Arbeitsprogrammes sei im Rahmen der im November anstehenden deutsch-polnische Regierungskonsultationen vorgesehen.

Zur neuen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik führte Staatsministerin Pieper aus, dass eine Standortverlagerung der Goethe-Institute geplant sei. Hier sollen neue Akzente



v.l.: Helmut Sauer, Wojtek Pomianowski, Anita Schäfer, Cornelia Pieper, Klaus Brähmig

in den MOE-Staaten gesetzt werden. 2012 habe das Auswärtige Amt 40 Millionen Euro für deutsche Auslandsschulen investiert. Begleitet wurde die Staatsministerin von Herrn Pomianowski, mit dem im Rahmen eines Austausches von Regierungsbeamten zum ersten Mal ein hochrangiger polnischer Diplomat ins Auswärtige Amt gekommen sei.

Bilanz 60 Jahre Lastenausgleich

5,4 Millionen Ansprüche auf Entschädigung zuerkannt

Die Gruppe hat das sechzigjährige Bestehen des Lastenausgleichsgesetzes (LAG), welches 1952 in Kraft trat, zum Anlass für eine umfangreiche Bilanz genommen. Günter Gallenkamp, Vizepräsident des zuständigen Bundesausgleichsamtes, erläuterte die historische Entwicklung und gegenwärtige Arbeit des weltweit einzigartigen Entschädigungswerkes. Insgesamt wurden über 7,5 Millionen Feststellungsanträge erledigt und 5,4 Millio-

nen Ansprüche auf sog. Hauptentschädigung zuerkannt. Seit der Wiedervereinigung habe eine Umkehr der Aufgaben stattgefunden: die Rückforderung von Schadensausgleich in der ehemaligen DDR erbrachte bisher 1,3 Milliarden Euro.



v.l.: Sven Oole, Helmut Sauer (ehemaliger Vorsitzender des Kontrollausschusses beim Bundesausgleichsamte), Günther Gallenkamp, Klaus Brähmig

Stellungnahme der Gruppe

Lastenausgleich endet erst 2019

65 Milliarden Euro Entschädigung - Aufgaben stetig gewandelt



Klaus Brähmig

Der Vizepräsident des Bundesausgleichsamtes, Günter Gallenkamp, zog kürzlich in einer Arbeitssitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Bilanz

des Lastenausgleichsgesetzes, das vor 60 Jahren in Kraft trat. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig:

„Der vor nunmehr 60 Jahren in Kraft getretene Lastenausgleich hat sich als ein weltweit einzigartiges Entschädigungswerk erwiesen, dessen wesentliche Aufgaben erst 2019 enden werden.“

Seit der ersten Bundesregierung sind insgesamt über 65 Milliarden Euro an Entschädigungen für Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte gezahlt worden. Jedoch waren die Leistungen aus dem Lastenausgleichsgesetz – wie in der Präambel ausdrücklich festgelegt – nicht als vollwertige Entschädigung für das verlorene Eigentum, sondern als Starthilfe für einen Neuanfang gedacht.

So stand bis zur Wiedervereinigung der 'klassische' Lastenausgleich im Vordergrund, dessen Aufgaben sich stetig gewandelt haben. Heute geht es vor allem um Rückforderung bei Schadensausgleich, insbesondere durch Vermögensrückgaben in der ehemaligen DDR.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion würdigt den Lastenausgleich als ein herausragendes Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte. Insbesondere sein Solidargedanken steht für das eigentliche Fundament der friedvollen, wirtschaftlich und gesellschaftlich erfolgreichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland.

Obwohl die Vertriebenen, Flüchtlinge und anderen Kriegsgeschädigten die Hauptlast der Kriegsfolgen zu tragen hatten, war auch die Situation der übrigen Bevölkerung insgesamt trostlos. Umso beachtlicher ist es, dass dennoch allgemein die Bereitschaft bestand, den Menschen zu helfen, denen es noch schlechter ging.“

Hintergrund

Das Lastenausgleichsgesetz, welches am 1. September 1952 in Kraft trat, ist das Kerngesetz des Lastenausgleichs, der sich nach Inkrafttreten zahlreicher weiterer gesetzlicher Regelungen zu einem umfassenden Eingliederungs- und Entschädigungsprogramm entwickelte.

Für Millionen von Menschen, die im Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges und dessen Folgen aus ihrer Heimat flüchten mussten oder vertrieben wurden, die ausgebombt wurden oder sonstige Vermögensschäden erlitten haben, war das Lastenausgleichsgesetz eine wirksame Hilfe zur Existenzsicherung und zur wirtschaftlichen Wiedereingliederung.

Ohne diese Solidarität wäre angesichts der Millionen durch den Krieg entwurzelter Menschen der innere Frieden in Deutschland nicht zu erreichen gewesen. Er war die unabdingbare Voraussetzung für den späteren wirtschaftlichen Aufschwung, an dem die Geschädigten einen großen Anteil hatten. Gerade sie zeichnete eine besondere Arbeitsmotivation aus, da jeder von ihnen für sich und seine Familie eine neue Existenz aufbauen musste. Die Leistungen des Lastenausgleichs waren hierbei neben dem unermüdlichen persönlichen Einsatz eine wichtige wirtschaftliche Hilfe. Es war ein Geben und Nehmen, denn letztlich haben von dem tatkräftigen Einsatz der Geschädigten beim Wiederaufbau auch diejenigen profitiert, die im Rahmen des Lastenausgleichs finanzielle Opfer bringen mussten.

Geschichte hat Konjunktur in der Gesellschaft

2014: 100 Jahre Ausbruch Erster Weltkrieg



v.l.: Sven Oole, Manfred Behrens, Anita Schäfer, Christoph Poland, Prof. Dr. Alexander Koch, Erika Steinbach, Klaus Brähmig

Die Gruppe erörterte mit Prof. Dr. Alexander Koch, Präsident der Stiftung Deutsches Historisches Museum (DHM), grundsätzliche Fragen der musealen Präsentation deutscher Geschichte und die Zusammenarbeit mit der Tochterstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV).

Professor Koch führte aus, dass Geschichte trotz rückläufiger Stundenzahl im Schulunterricht auf großes Interesse in Deutschland stoße. Im Sommer 2014 werde zudem das Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor hundert Jahren ein großes europäisches Thema sein.

Die SFVV sei zwar unselbständige Stiftung unter dem Dach des DHM, wissenschaftlich aber völlig autonom. Auf Direktoren- und Mitarbeiterebene, insbesondere bei der Öffentlichkeitsarbeit und der Museumspädagogik, tausche man sich regelmäßig aus. Zur 2006 fertiggestellten Dauerausstellung des DHM erläuterte Professor Koch, dass man bereits 500 bis 1000 Objekte überprüft und aus der Ausstellung genommen habe, um im Obergeschoss mehr Raum für die Besucher zu schaffen. Zudem verfüge man im digitalen Service „LeMO“ über 100.000 Datensätze. Eine Neugestaltung der Dauerausstellung sei bis 2018/2020 geplant.

Weitere Informationen: www.dhm.de/lemo

Neues Anerkennungsverfahren für Spätaussiedler

Das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz in der Praxis

Die Gruppe erörterte mit Dr. Helge Braun, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz in der Praxis. Staatssekretär Braun, der zudem Mitglied der Gruppe ist, bekräftigte, dass das sogenannte Anerkennungs-gesetz eines der wichtigsten Projekte des Ministeriums sei, bei dem man über 60 Gesetze und Verordnungen habe ändern müssen.

Das auf Initiative der Union beschlossene Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse setze neue Impulse für die Integration, insbesondere von Spätaussiedlern in Deutschland, unter denen überdurchschnittlich viele höher Qualifizierte und Akademiker seien.

Die Bundesregierung greife mit dem zügigen und vereinfachten Bewertungs- und Anerkennungsverfahren ein zentrales Anliegen der Spätaussiedler auf und unterstreiche da-

mit die Wert-schätzung gegenüber zugewanderten Fachkräften sowie dieser wichtigen Bevölkerungsgruppe.

So können Spätaussiedler, die bereits nach BVFG einen Rechtsanspruch auf Anerkennung haben, ihre im Ausland erworbenen Berufsabschlüsse erneut innerhalb von drei Monaten auf Gleichwertigkeit mit einem deutschen Abschluss prüfen lassen. Das in der Regel von den Kammern durchge-



v.l.: Helmut Sauer, Anita Schäfer, Klaus Brähmig, Dr. Helge Braun, Prof. Dr. Egon Jüttner, Sven Oole

führte Verfahren regelt auch, welche Weiterbildung gegebenenfalls notwendig ist.

Weitere Informationen zur Erstberatung beim bundesweiten Netzwerk „Integration durch Qualifizierung“: www.netzwerk-iq.de

Empfang bei Ministerpräsident Volker Bouffier

Vertriebenenarbeit in Hessen nachhaltig



Die Teilnehmer des Neujahrsgesprächs beim hessischen Ministerpräsident Volker Bouffier

Ministerpräsident Volker Bouffier hat die Vertreter des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften zum traditionellen Neujahrsgespräch in der Hessischen Staatskanzlei empfangen. An dem Gespräch nahmen auch Sozialminister Stefan Grüttner und Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler in Vertretung von Kultusministerin Dorothea Henzler teil. Ebenso die Landesbeauftragte der Hessischen

Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, die Landtagsabgeordnete a.D. und bisherige Vorsitzende des Unterausschusses für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung, Gudrun Osterburg waren mit dabei.

Volker Bouffier betonte, dass er größten Wert auf die Fortsetzung der intensiven und erfolgreichen Arbeit mit den hessischen Vertriebenenverbänden

lege. In diesem Zusammenhang erinnerte er daran, dass die neue Landesregierung in Baden-Württemberg weder einen Beauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler mehr benannt noch den Bund der Vertriebenen nicht mehr zum Jahresempfang der Landesregierung eingeladen habe. „Für uns in Hessen ist dies alles nicht nur eine formale Angelegenheit, viel-

mehr ist diese Arbeit nachhaltig und wir werden sie weiterhin unterstützen“, so Bouffier.

Staatssekretär Hirschler wies darauf hin, dass das von den Verbänden erwähnte Kerncurriculum im Fach Geschichte an August 2012 verbindlich sei. Ebenfalls sei 2012 das gemeinsame Lehrerprojekt mit dem Hessischen Sozialministerium und der Otto-Benecke Stiftung angelaufen. Er gehe davon aus, dass die 20 einbezogenen Personen auch später in den Schuldienst aufgenommen werden könnten. Der Ministerpräsident erklärte, dass Gudrun Osterburg den Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern eine besondere Stimme im Parlament gegeben habe. Es sei ihm wichtig, ihr in diesem Kreis zu danken. Sie sei kein Lautsprecher, vielmehr erfolgreich, glaubwürdig und authentisch gewesen.

Ebenso dankte er der Landesbeauftragten Margarete Ziegler-Raschdorf für ihre Arbeit. Er stelle immer wieder fest, wie sehr sie engagiert und mit dem Herzen dabei sei.

Tag der Heimat 2012

Neuer sächsischer Verband jetzt Mitglied des BdV

Klaus Brähmig nahm in seiner Funktion als Gruppenvorsitzender nun schon zum dritten Mal an der zentralen Festveranstaltung des Bundes der Vertriebenen zum Tag der Heimat im Berliner ICC teil, der dieses Jahr unter dem Leitwort „Erbe erhalten, Zukunft gestalten“ stand.

Die Festansprache hielt der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier. Außerordentliches Mitglied des Bundes der Vertriebenen ist in diesem Jahr der neu gegründete Landesverband der Vertriebenen und Spätaussiedler Sachsen/Schlesische Lausitz geworden, dessen Gründung Klaus Brähmig als Vorsitzender des Stiftungsrates der sächsischen Stiftung Erinnerung, Begegnung, Integration maßgeblich unterstützt hat. Frank Hirche, vertriebenenpolitischer Sprecher der CDU-

Fraktion im sächsischen Landtag, ist Vorsitzender des neuen Landesverbandes, der in seiner Kulturarbeit durch den Freistaat Sachsen finanziell gefördert wird. Hirche erklärte in einem ersten Resümee, dass der Verband nach 100 Tagen bereits deshalb

wahrgenommen werde, „weil es gelungen ist, unsere Kräfte zu bündeln. Bei uns steht die Zusammenarbeit nicht nur auf dem Papier, sondern sie wird praktiziert.“ Der Verband arbeite



v.l.: Volker Bouffier, Erika Steinbach, Klaus Brähmig

eng zusammen mit Haus der Heimat in Reichenbach oder der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung Sachsen.

Arbeit der Suchdienste wird durch das neue Bundesmeldegesetz gestärkt

Noch immer 1,3 Millionen Kriegsvermisste



Klaus Brähmig

Der Deutsche Bundestag hat 2012 in 2./3. Lesung das Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens beschlossen. Dazu erklärt der Vorsitzende der

Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig: „Die Arbeit der Suchdienste wird durch das neue Bundesmeldegesetz, das ihnen einen verbesserten

Zugang zu den Meldedaten ermöglicht, wesentlich gestärkt. Damit trägt die christlich-liberale Koalition der wichtigen humanitären Aufgabe der Suchdienste, etwa des Deutschen Roten Kreuzes oder der Kirchen, weiterhin Rechnung. So können die Suchdienste erstmals im Wege des automatisierten Abrufverfahrens Daten abrufen, welche über eine einfache Behördenauskunft hinausgehen, wie die derzeitige Staatsangehörigkeit oder frühere Anschriften. Das neue Verfahren kommt insbesondere der Schicksalsklärung der nach wie vor 1,3 Millionen deutschen Vermissten des Zweiten Weltkrieges und der Familienzusammenführung von Spätaussiedlern zu Gute.“

Hintergrund

Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen haben unzählige Menschen in Mitleidenschaft gezogen: Viele verschwanden spurlos und nach wie vor sind allein 1,3 Millionen deutsche Schicksale ungeklärt. Beispielsweise hat der Suchdienst des DRK unmittelbar nach Kriegsende seine Arbeit aufgenommen und trägt auch heute u.a. noch dazu bei, menschliche Schicksale aus dieser Zeit zu klären. Dies gelingt auch deshalb, weil der DRK-Suchdienst über umfangreiche Bestände verfügt, die Jahrzehnte deutscher Geschichte, vielfach anhand von Einzelschicksalen, dokumentieren. Diese einzigartige Sammlung wächst stetig.

Die Gruppe informiert

„Aufrechnung von Schuld verbietet sich“

Das Museum Bayerisches Vogtland in Hof dokumentiert künftig die Geschichte von Flüchtlingen und Vertriebenen

Im Museum Bayerisches Vogtland in Hof ist eine neue Abteilung über die Geschichte von Flüchtlingen und Vertriebenen eröffnet worden. Über 400 Exponate zeigen auf drei Etagen einen Ausschnitt der deutschen Geschichte am Beispiel der Stadt Hof. Mit der Einweihung am Gedenktag zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus wollten die Kulturverantwortlichen der Stadt bewusst darauf hinweisen, dass Flucht und Vertreibung eine Vorgeschichte haben und nicht über Nacht gekommen sind.

Die Festrede zur Eröffnung hielt der Theater- und Literaturkritiker Hellmuth Karasek. Der in Brünn geborene Karasek hat in seiner Autobiografie „Auf der Flucht“ seine eigene Vertreibungsgeschichte beschrieben. Karasek bezeichnete Flucht und Vertreibung als großes Unrecht, das nicht dadurch aufgehoben werde,

dass Generationen zuvor Verursacher dieses Elends waren. „Die Aufrechnung von Schuld verbietet sich“, so Karasek, der seine tiefe Hoffnung aussprach, dass auch mit den östlichen Nachbarländern ein so selbstverständlicher Umgang zum Alltag werde, wie er mit Frankreich inzwischen üblich sei.

Die überaus geglückte Integration von vielen Millionen Vertriebenen sei bei weitem keine Selbstverständlichkeit gewesen, sagte der Parlamentarische Finanzstaatssekretär und frühere Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen Hartmut Koschyk aus Bayreuth. Flucht und Vertreibung der Deutschen stelle die größte Zwangsmigration der Geschichte mit über 14 Millionen Vertriebenen und rund zwei Millionen Toten dar. „Das Schicksal der Heimatvertriebenen und ihre Leistungen



v.l.: Wolfgang Heubisch, Hartmut Koschyk, Prof. Dr. Hellmuth Karasek, Harald Fichtner, Alexander König

beim Wiederaufbau unseres Landes dürfen nicht vergessen werden“, forderte Koschyk.

Auch die Spitzenstellung Bayerns sei mit das Verdienst der Heimatvertriebenen und Aussiedler. Koschyk zufolge waren nach 1945 allein rund 2,7 Millionen Heimatvertriebene und Aussiedler nach Bayern gekommen.

Sudetendeutsches Museum soll Maßstäbe setzen

Nationaler Gedenktag für die Opfer von Vertreibungen: Seehofer würdigt Antrag der Gruppe als „wichtiges Etappenziel“



Horst Seehofer © Herbert Fischer

Der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer hat beim 63. Sudetendeutschen Tag in Nürnberg die Sudetendeutschen als vorbildliche Brückenbauer Europas und Pioniere für Bayerns Wohlstand gewürdigt.

Seehofer dankte den Sudetendeutschen für ihren Beitrag zur Fortentwicklung der bayerisch-tschechischen Beziehungen: „Auf vielen Ebenen haben die Sudetendeutschen

über Jahre den Dialog mit unseren tschechischen Nachbarn aktiv unterstützt. Diesem Engagement ist es entscheidend mit zu verdanken, dass mit den beiden ersten Reisen eines Bayerischen Ministerpräsidenten nach Tschechien ein neues Kapitel der guten Nachbarschaft zwischen Bayern und Tschechien aufgeschlagen werden konnte. Wir können heute zufrieden feststellen: Die Grenze zwischen Bayern und Tschechien trennt nicht mehr, sie verbindet.“

Seehofer bekräftigte in seiner Rede den Willen der Bayerischen Staatsregierung, dass das neue Sudetendeutsche Museum bald Realität wird: „Ich bin mir sicher: Wir werden hier in München Maßstäbe setzen für eine moderne und innovative Museums- und Erinnerungskultur. Mit dem Sudetendeutschen Museum hoch über der Isar in zentraler Lage schaffen wir etwas Neues und ganz Besonderes: ein markantes Symbol der Sudetendeutschen Volksgruppe.

Das wäre doch das schönste Jubiläumsgeschenk für den 50. Jahrestag unserer Schirmherrschaft!“

Ministerpräsident Horst Seehofer machte sich erneut stark für einen nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung in Deutschland und würdigte den Antrag der Gruppe zur Stuttgarter Charta: „Mittlerweile hat der Bundestag einen klaren Prüfauftrag an die Bundesregierung für die Einführung eines solchen Gedenktages erteilt. Damit haben wir ein wichtiges Etappenziel erreicht.“

Zur Kultur der Erinnerung gehöre, so Seehofer, auch eine angemessene Würdigung und Anerkennung der deutschen Zwangsarbeiter. Seehofer erklärte: „Die Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ war dazu ein wichtiger und richtiger Schritt. Eine ähnliche Würdigung sollten nun auch die deutschen Zwangsarbeiter durch ihr Vaterland erfahren. Wenn in Berlin die Dokumentationsstätte der Stiftung entsteht, sollte auch das Thema Zwangsarbeit dort zur Sprache kommen.“

Aus der Gruppensitzung

Neubau am Sudetendeutschen Haus

Das Sudetendeutsche Museum kostet 20 Millionen Euro

Die Gruppe erörterte im Nachgang des 63. Sudetendeutschen Tages mit Ministerialdirigent Paul Hansel, Leiter der Abteilung V des Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen sowie Referatsleiter Herrn Freytag den aktuellen Stand beim Egerer Stadtwald, des Bayerischen Haus/Deutschen Zentrums in Odessa, der Länder-Arbeitsgemeinschaft zu § 96 Bundesvertriebenengesetz unter bayerischer Federführung sowie der geplante Errichtung des Sudetendeutschen Museums in München. Herr

H a n s e l stellte den A r c h i - tektenentwurf vor, der einen Anbau am Sudetendeutschen Haus in München vorsehe. Der 20 Millionen Euro teure Neubau sehe vier Stockwerke vor, wobei ein turmarti-



v.l.: Sven Oole, Klaus Brähmig, Dr. Wolfgang Freytag, Anita Schäfer, Helmut Sauer, Paul Hansel, Prof. Dr. Egon Jüttner

ges Cafe den Blick auf das Isar-Hochufer ermögli-

che.

Präsentation im First-Pückler-Park

Sonderpostwertzeichen „Muskauer Park“ gemeinsam mit Polen



v.l.: Dr. Gottfried Zeitz, Andrzej Szynka, Hartmut Koschyk, Dr. Henry Hasenpflug, David Gill

In der Serie "Weltkulturerbe der UNESCO" gibt das Bundesministerium der Finanzen in diesem Sommer das Sonderpostwertzeichen „Muskauer Park – Park Muzakowski“ heraus. Es ist eine Gemeinschaftsmarke mit Polen.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Hartmut Koschyk, stellte die Briefmarke im Fürst-Pückler-Park Bad Muskau der Öffentlichkeit vor. Alben mit Erstdrucken der Briefmarke über-

reicht der Parlamentarische Staatssekretär u. a. an Andrzej Szynka, Gesandter der Polnischen Botschaft in Berlin, an Staatssekretär Dr. Henry Hasenpflug, Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, an Dr. Cornelia Wenzel, stellvertretende Geschäftsführerin der Stiftung „Fürst-Pückler-Park Bad Muskau“, sowie an Staatssekretär David Gill, Chef des Bundespräsidialamtes.

Finanzstaatssekretär Koschyk erklärte dazu: „In den Jahren 1815-45 schuf Fürst Pückler aus dem sandigen Tal der Neiße ein riesiges Gartenparadies. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der Muskauer Park

entlang der Neiße in einen deutschen und polnischen Bereich geteilt. Erst seit Ende der 1980er Jahre konnte er schrittweise wieder in seine ursprüngliche Gestalt zurückversetzt werden. Über den Flusslauf hinweg wurden beide Seiten durch die Wiederherstellung von historischen Wegeverbindungen und die Öffnung zugewachsener Blickachsen von neuem vereint.

Die bereits mehr als zwei Jahrzehnte währende enge Zusammenarbeit deutscher und polnischer Gärten- und Denkmalspfleger hat sich gelohnt: Pücklers Gartenparadies ist aus dem Dornröschenschlaf erwacht, begeistert mit seinen nun wahrhaft grenzenlosen Sichtachsen und gehört seit 2004 zum Welterbe der UNESCO.“

Die Grafikerin Marzanna Dabrowska aus Warschau gestaltete das Sonderpostwertzeichen, das einen Wert von 90 Cent hat.

Die Briefmarke ist seit dem 12. Juli 2012 in den Verkaufsstellen der Deutschen Post erhältlich.

Über 70 Heimatsammlungen in Niedersachsen

Tagung zur ersten Dokumentation der Landesregierung



Rudolf Götz

In Niedersachsen gibt es mehr als 70 Heimatsammlungen von Flüchtlingen, Vertriebenen und Aussiedlern, die öffent-

lich zugänglich sind. Das hat die erste vollständige Dokumentation der Heimatsammlungen im Auftrag des Niedersächsischen Innenministeriums ergeben. Dazu organisierte der Landesbeauftragte der Niedersächsischen

Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Götz MdL, im Braunschweigischen Landesmuseum eine Tagung mit namhaften Referenten, auf der die besondere Bedeutung der Sammlungen für unser kulturelles Gedächtnis und deren Bestandssicherung diskutiert wurden. Denn in der Nachkriegszeit, aber auch später gegründet, sollten die Sammlungen einst an die verlorene, alte Heimat erinnern. Oft wurden die Neubürger aus dem Osten dabei von den Städten und Landkreisen in ihrem neuem Lebensumfeld unterstützt, die ihnen kostenlose Räumlichkeiten zur Verfügung stellten. Häufig übernahmen niedersächsische Kommunen zugleich auch die

Patenschaft für die Angehörigen eines Ortes oder Kreises in Schlesien, Pommern oder Ostpreußen. Daraus haben sich heute nicht selten deutsch-polnische Städtepartnerschaften entwickelt. Aus Altersgründen, wegen fehlender Nachfolger, finanzieller Engpässe usw. ist jedoch die Zukunft vieler Sammlungen ungewiss. Innenminister Uwe Schünemann hatte bei der Veröffentlichung der Dokumentation betont, dass die Pflege der Heimatsammlungen dem Land Niedersachsen ein ganz besonderes Anliegen sei: „Wir sehen uns gemeinsam mit dem Bund dazu verpflichtet, das Kulturgut der Vertriebenen und Flüchtlinge im Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge zu erhalten.“

Niedersachsen übernimmt Schirmherrschaft über LMdR



Uwe Schönemann

Innenminister Uwe Schönemann hat die Schirmherrschaft über die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V., Landesgruppe Niedersachsen

übernommen. Schönemann sagte in Hannover: „Die Übernahme der Schirmherrschaft ist Ausdruck der Wertschätzung für alle in Niedersachsen lebenden Aussiedler und Spätaussiedler und deren erfolgreiche Integrationsleistung.“

Schönemann überreichte in einer Feierstunde der Vorsitzenden der Landesgruppe Niedersachsen Lilli Bischoff vor zahlreichen Gästen im Gästehaus der Landesregierung die Schirmherrschaftsurkunde.

Die Gruppe der Aussiedler und Spätaussiedler bildet mit 400.000 bis

500.000 Menschen die größte Zuwanderungsgruppe in Niedersachsen. „Niedersachsen fühlt sich der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland besonders verbunden, da sie mit großer Tatkraft dazu beigetragen hat, das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den deutschen Aussiedlern und der heimischen Bevölkerung zu vertiefen“, sagte der Innenminister.

Schönemann kündigte an, dass er die Schirmherrschaft mit zahlreichen Aktivitäten ausfüllen werde. Beispielsweise benannte er die Förderung des Kulturaustausches der Landsmannschaft mit der Partnerorganisation in Tjumen anlässlich des 20jährigen Bestehens der Partnerschaft des Landes Niedersachsen mit der Region Tjumen in Russland Ende Mai diesen Jahres. Außerdem werde „Die Geschichte der Eingliederung der Aussiedler und Spätaussiedler“ im Mittelpunkt einer Tagung in Friedland in der zweiten Jahreshälfte stehen.

Die Landsmannschaft vertritt die Interessen der Deutschen aus Russland, die innerhalb der Länder der ehemaligen Sowjetunion vertrieben wurden und nach dem Zweiten Welt-

krieg im Verlauf von Jahrzehnten als Russlanddeutsche nach Deutschland übersiedelten. So engagiert sich die Landsmannschaft beispielsweise im Kulturbereich, informiert in Schulen zur Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Russland, leistet Kinder- und Jugendarbeit, organisiert Nachhilfeunterricht, Betreuungsangebote, Hausaufgabenhilfe, Sportveranstaltungen, Seniorentage und bietet Vorträge zu verschiedenen Lebenslagen an. Auch beraten und betreuen sie die Aussiedler mit ihren Familienangehörigen in allen Fragen der Aufnahme und Eingliederung in die bundesrepublikanische Gesellschaft.

Die Landsmannschaft pflegt vielfältige Kontakte zu den Landsleuten in den Herkunftsgebieten und leistet damit einen wichtigen Beitrag für die Völkerverständigung.

„Mit der Übernahme der Schirmherrschaft möchte ich alle Aussiedler und Spätaussiedler in Niedersachsen würdigen und mit dazu beitragen, dass sie sich in Niedersachsen willkommen und zu Hause fühlen“, so Schönemann.

Ortmann neuer BdV-Landesvorsitzender in Hessen



Siegbert Ortmann

Der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier und die Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf

dankten Alfred Herold für seine beispielhaften Leistungen als Vorsitzen-

der. Auf dem 64. ordentlichen Landesverbandstag wurde Siegbert Ortmann zum neuen Landesvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen in Hessen in der Nachfolge von Alfred Herold gewählt. Alfred Herold hatte zuvor nach zwölf Jahren als Vorsitzender seinen Abschied angekündigt. Die Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf gratulierte Herrn Ortmann zu seiner Wahl, sie hoffe auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Wohle der Heimatvertriebenen und

Spätaussiedler in Hessen. Sie erinnerte daran, dass Siegbert Ortmann vier Wahlperioden Mitglied des Hessischen Landtags war und sich im Politikbetrieb sehr gut auskenne. Als Vorsitzender des Kreisverbandes Lauterbach kenne er die Arbeit an der Basis und als stellvertretender Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft die Verbandsarbeit auf Bundesebene.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/ff



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt